

Wo steht die deutsche Friedensbewegung?

von ■ Peter Wahl



Nach der Anti-Raketenbewegung der 1980er-Jahre und dem Ende des Kalten Krieges reduzierte sich die einst beeindruckende Friedensbewegung auf einen harten aktivistischen Kern und einige wenige organisierte Rest-Strukturen in Überwinterungsmodus. Das ist normal für gesellschaftliche Bewegungen, wenn das Thema, an dem sie sich entzündet haben, in den Hintergrund tritt.

Denn in der Tat waren Pershing II und SS-20 ja im INF-Vertrag¹ wegverhandelt worden, die Rüstungsausgaben gingen zurück, die allgemeine Wehrpflicht wurde ausgesetzt, der Warschauer Pakt hatte sich aufgelöst und der Westen half, rostende, russische Raketen vor einer Explosion aus Versehen zu bewahren. Bei der großen Klima- und Umweltkonferenz 1992 in Rio herrschte Euphorie, dass die »Rüstungsdividende« jetzt für die Lösung der globalen Probleme von Klima und Umwelt investiert werden könnte. Allerdings ging damit auch einher, dass der Mythos von der »One World«, die durch »Global Governance« unter Partizipation der Zivilgesellschaft gerettet würde, sogar manchen Linken den Blick vernebelte.

Das machte sich schon im Krieg gegen Jugoslawien 1999 bemerkbar. Der war, um mal den Sound unserer Tage zu benutzen, ein verbrecherischer, völkerrechtswidriger Überfall, gerechtfertigt mit der Kriegslüge »ein neues Auschwitz« zu verhindern. Lediglich die PDS, eine Handvoll NGOs und die o.g. Rest-Friedensbewegung trauten sich damals mit Kritik an die Öffentlichkeit.

Zwar gab es 2003 noch einmal ein Aufflackern, als eine Kundgebung gegen den Irakkrieg 300.000 Menschen mobilisierte, aber danach wurde es wieder still. Das Interesse der meisten Linken an Außenpolitik tendierte gegen Null. Die machtpolitischen Strukturen im internationalen System und deren Dynamik – also das was heute unter *Geopolitik* verstanden wird – beschäftigte nur noch wenige. Dabei hätte man schon 2014 bei Henry Kissinger lesen können, dass der Versuch, die Ukraine zu einem anti-russischen Bollwerk zu machen, böse enden würde.²

Vom Ukrainekrieg kalt erwischt

Der russische Einmarsch überraschte nicht nur den deutschen Auslandsgeheimdienst, sodass BND-Chef Bruno Kahl Hals über Kopf Kiew verlassen musste. Auch die Linke und die Rest-Friedensbewegung traf es im Zustand großer Schwächung und Gespaltenheit. Wer sich nicht groß mit der Eskalationsgeschichte und dem geopolitischen Kontext des Ukraine-Krieges befasst hatte, der oder dem erschien die Sachlage sonnenklar: Dieses Mal war Russland *der Böse* und »Wir«, d.h. der Westen *die Guten*. Wer sich dem primitiven Schwarz-Weiß-Bild entzog und mit der UN-Charta, oder dem UN-Vollversammlungsbeschluss vom 2. März 2022 für Verhandlungen eintrat, konnte froh sein, nur als »Putinversther« etikettiert zu werden, und nicht als »moralischer Lump« (Herfried Münkler, WDR,

15.4.2022) oder »secondhand Kriegsverbrecher« (Wolf Biermann, Zeit online, 22.10.2022). Die schon lange vorher allfällige Verwirrung der politischen Debatte lief zu neuer Hochform auf. Besonders hart trafen Attacken aus den eigenen Reihen, z.B. vom ehemaligen Berliner Kultursenator der Linkspartei, Klaus Lederer, der glaubte, »linksreaktionäre Friedensliebe die letztlich in der Kapitulation vor der russischen Expansionspolitik mündet«, zu erkennen (TAZ, 23.6.2022).

Hinzukommt, dass die deutschen Gewerkschaften – früher immer antimilitaristisch engagiert – sich immer staatstragend verhalten, wenn die SPD den Kanzler stellt. Dabei zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die subalternen Klassen wie immer die Zeche zahlen werden, wenn es um Kanonen statt Butter geht. Und das, obwohl das deutsche Wirtschaftsmodell in der größten Strukturkrise seit dem Zweiten Weltkrieg steckt. Auch die Kirchen, die in der Nachkriegszeit eine starke Stütze der Friedensbewegung waren, haben sich mit wenigen Ausnahmen in den bellizistischen Block eingereiht. Zudem tobt mit dem Gaza/Nahost-Krieg seit Oktober auch noch ein zweiter Krieg, der hierzulande einen besonders heiklen Kontext hat.

Ein völlig neuartiges Problem ist, dass mit der AfD eine Partei der *Neuen Rechten* für Verhandlungen und einen Kompromissfrieden mit Russland plädiert. In der deutschen Geschichte waren Bellizismus, Militarismus und Ostland-Reiterei seit dem 19. Jahrhundert mit der politischen Rechten verbunden. Anti-Militarismus, Pazifismus und das Engagement für Rüstungskontrolle, Abrüstung und friedliche Konfliktlösung dagegen identisch mit Linkssein. Zwar ist die AfD für Aufrüstung, steht sich gut mit der NATO, und zu ihren Motiven gehört auch Sympathie für die konservativen gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland und eine reaktionäre Form von Anti-Amerikanismus. Und beim Nahostkrieg steht sie 150-prozentig hinter Netanjahu und der deutschen »Staatsraison«. Aber ihre Wähler pflegen die Publikationen, in denen sich solche Differenzierungen finden, nicht zu lesen. Wie alle Umfragen belegen, gelingt es der Partei durchaus, sich

bei vielen als Friedenspartei zu präsentieren. Kein Wunder also, dass unter dem Druck eines entfesselten Bellizismus und eingeklemmt in komplexe Widersprüche und Ambivalenzen selbst so mancher gestandene Friedensfreund in der Deckung blieb und sich fassungslose Lähmung breit machte.

Es tut sich wieder was

Inzwischen aber dreht sich der Wind. Eine erste Initiative, die eine nennenswerte Menge mobilisierte und die Wahrnehmungsschwelle in den Medien überwinden konnte, war die Kundgebung im Februar 2023 in Berlin auf Initiative von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht. Eine Demo der Initiative *Nein zu Kriegen*³ im November 2023 brachte ca. 20.000 Personen auf die Beine. Dabei handelte es sich vorwiegend um die traditionelle Friedensbewegung aus Ostermärschen, rührigen Lokalgruppen, Kasseler Friedensratschlag u.ä. Der Altersdurchschnitt bewegte sich allerdings deutlich über 60. Ein Achtungserfolg, der vor allem ein Licht auf die bewegungsinternen Kräfteverhältnisse wirft, denn andere Strömungen wären nicht in der Lage zu einer solchen Aktion. In den Medien fand das Event jedoch kaum statt. Auch andere Strömungen z.B. um das *Netzwerk Friedenskooperative*,⁴ oder IPPNW, *pax Christi* u.a. wurden aktiv. Einige verabschiedeten sich zudem von ihrer anfänglichen Unterstüt-

zung für Waffenlieferungen an Kiew. Allerdings ist die Mobilisierungsfähigkeit dieser Milieus gering.

Inzwischen wird die Kriegsmüdigkeit einer ohnehin post-heroischen Bevölkerung immer spürbarer, und die Gesinnungsmassage der Medien verliert an Wirkung. Die brutale Reaktion Israels auf das Massaker der Hamas bei gleichzeitiger Nibelungentreue der Bundesregierung zu Netanjahu, entlarvt die moralisierende Kriegspropaganda von Baerbock und Co. als Doppelmoral. Die Erfolge von AfD und BSW in den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen und das Abschmieren von SPD, Grünen und Linkspartei sind zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen, dass ein Verhandlungsfrieden in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist.

Im Oktober 2024 organisierte die Initiative *»Nein zu Kriegen«* dann erneut eine Demo mit Kundgebung in Berlin, die auf gut 40.000 Teilnehmer kam.⁵ Das Medienecho war sehr groß, vor allem weil mit dem Auftritt des SPD-MdB Ralf Stegner die Widersprüche in der SPD sehr sichtbar gemacht wurden. Auch der Altersdurchschnitt war niedriger als im Vorjahr. Von der Mobilisierung her kann dennoch nicht von einem Durchbruch gesprochen werden. Gemessen an der Problemlage sind es noch viel zu wenige, die für ein Ende der beiden Kriege auf die Straße gehen. Dafür ist sicher die diskursive Hegemonie des

herrschenden Blocks eine wichtige Erklärung. Allerdings wird auch aufgrund der Konflikte in der Friedensbewegung deren Potenzial nicht ausgeschöpft.

Kontroversen

Die größten Meinungsverschiedenheiten gibt es:

- zum Umgang mit Russland, tendenziell auch mit China,
- zum Umgang mit Israel und dem Vorwurf des Antisemitismus,
- zum Verhältnis der Friedensbewegung zu Parteien,
- zur sogenannten *neuen Friedensbewegung*, die aus Anti-Corona Pro-

Peter Wahl ist Sozialwissenschaftler, Publizist und Mitbegründer von Attac. Zuletzt erschien von ihm 2023 bei VSA *»Der Krieg und die Linken«*, 2024 gab er gemeinsam mit Thomas Sablowski den Band *»Europäische Integration in der multiplen Krise«* heraus.

¹ INF = Intermediate Range Nuclear Forces; nukleare Mittelstreckenraketen.

² Henry Kissinger: To settle the Ukraine crisis, start at the end. Washington Post, 5.3.2014.

³ Die Initiative ist ein wenige Monate vor dem Ukraine-Krieg entstandener Zusammenschluss von Einzelpersonen, die gut vernetzt in die SPD-Linke, Linkspartei, BSW und verschiedene Strömungen der Friedensbewegung sind. Siehe: nie-wieder-krieg.org.

⁴ Siehe: www.friedenskooperative.de

⁵ Teilnehmerzahlen von Demos werden je nach Interessenlage rauf- oder runtergeredet. In diesem Fall hat die Polizeiführung am Stellplatz Gleisdreieck die dortige Demo-Leitung offiziell davon informiert, dass es 30.000 Demonstranten sind. Selbst wenn es bei den beiden anderen Stellplätzen nur 5.000 gewesen wären – es waren deutlich mehr – ist die Zahl 40.000 deshalb eher untertrieben.

VSA: Gegen Kriege

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Antje Vollmer u.a.
Den Krieg verlernen
Zum Vermächtnis einer Pazifistin | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-96488-211-0

Peter Wahl
Der Krieg und die Linken
Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden
Eine Flugschrift
100 Seiten | € 10,00
ISBN 978-3-96488-203-5



testen hervorging und dem Thema »Rechtsoffenheit«.

Allerdings war die Friedensbewegung auch zu ihren besten Zeiten nie homogen, und das braucht sie auch nicht zu sein. Aufgrund der existenziellen Bedeutung von Krieg und Frieden ist für politische Wirksamkeit ein weitgespannter Konsens nötig. Insofern ist Friedensbewegung keine linke Bewegung, sondern die Linke ist Teil von ihr. Bertha von Suttner war nicht links. Auch Konservative haben daher Platz in der Bewegung. Deshalb ist das intelligente Management der Differenzen eine Hauptaufgabe einer so heterogenen Bewegung.

Was bedeutet das für die aktuelle Situation? Die Kontroverse um Russland ist die Neuaufgabe der Differenzen zur Sowjetunion in früheren Bewegungszyklen. Die 1980er-Anti-Raketenbewegung hat das Problem ganz gut gelöst, indem sie weder Partei für den Westen noch für Moskau ergriff, sondern eine dritte, konflikttheoretisch fundierte Position einnahm, für die klar war, dass die meisten Konflikte komplexe Ursachen und komplexen Verläufe haben und sich nicht auf einfache Schuldzuweisungen reduzieren lassen. Im Gegenteil, wer nur in moralischen Kategorien von Schuld und Sühne denkt, wird leicht selber zum Eskalationstreiber. Gleichzeitig gab es damals eine konkrete und durch viel Expertise untermauerte Analyse des Konfliktverhaltens beider Seiten. Das erlaubt es, einzelne Schritte beider Seiten zu unterstützen oder abzulehnen, und so einer a priori eingenommenen und abstrakten Äquidistanz vorzubeugen. Ob Moskau aus Furcht vor einem anti-russischen Bollwerk vor seiner Haustür und einem Enthauptungsschlag der NATO einen Präventivkrieg begonnen hat, oder ob es imperialistisch ist und Putin ein durchgeknallter Despot, ist sekundär, wenn man sich auf die Beendigung des Krieges konzentriert.

Schwieriger ist das mit dem Nahostkrieg. Über dem Thema liegt der Schatten der Shoah. Das sehr wirkmächtige Narrativ von der »Staatsraison« – eigentlich ein Begriff aus vordemokratischen Welten – verweist darauf, dass es um einen zentralen Punkt im Selbstverständnis des herrschenden Blocks geht: die deutsche Vergangenheit überwun-

den zu haben und jetzt wieder voll und ganz zu »den Guten« zu gehören, während die Rolle »des Bösen« in deutscher Tradition wieder Moskau zugewiesen wird. Die Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs hat so aggressive Formen angenommen, dass sie zur Gefahr für Meinungsfreiheit und Demokratie geworden ist. Die Friedensbewegung kann aber dem Spaltpilz entgehen, wenn sie sich darauf einigt, UNO-Positionen zu vertreten, auch wenn Netanjahu die immer wieder als antisemitisch etikettiert.

Es ist Konsens in der Friedensbewegung, dass sie parteiunabhängig ist, und dies auch in ihrer Praxis zeigen muss. Dennoch gab es informell immer enge Verbindungen zu Parteien. Der Einfluss der Petra-Kelly-Grünen in den 1980er-Jahren war unübersehbar, und die technischen Seiten der Demos im Bonner Hofgarten wären ohne die Organisationsabteilung der DKP bei weitem nicht so gut gelöst worden, wie es der Fall war.

Allerdings war das Parteiensystem damals stabil und berechenbar. Das ist heute anders. Gegenüber der bellizistischen Großkoalition ist BSW die einzige relevante Friedenskraft in der Parteienlandschaft, und den linken Flügel der SPD zu gewinnen ist eine absolute Notwendigkeit. Und das nicht nur wegen der akuten Kriege, sondern auch im Hinblick auf die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen. Dass bei der Oktober-Demo neben der SPD auch die Linkspartei, BSW und Gauweiler (CSU) redeten, war deshalb Folge einer Ausnahmesituation und der sich daraus ergebenden Zwänge.

Auch das Thema »Rechtsoffenheit« hängt mit dem Umbruch im Parteiensystem und dem Aufstieg der AfD zusammen. Seit mehreren Jahren gibt es dazu heftige innenpolitische Auseinandersetzungen, die auch ein anderes Ausnahmeeignis, die Pandemie, erfassten. Aus den damals entstandenen Protesten engagieren sich jetzt einige Kräfte friedenspolitisch. Während es bei allen hier erwähnten Initiativen immer eine klare Abgrenzung zur AfD gab, ist der Umgang mit den »Neuen« umstritten. Richtig ist, dass es dort mitunter anthroposophische Positionen, Esoterik u. a. gibt, was nicht in ein rationalistisches Weltbild passt oder durch die

Kenntnis von Kapitel IV in *Das Kapital* ideologisch gestählt ist. Das war aber schon immer so. Auch wer an Mariä unbefleckte Empfängnis glaubt, ist auf Friedensdemos willkommen, solange er gegen Waffen und für Verhandlungen, Entspannung, friedliche Koexistenz ist – Toleranz also für weltanschaulichen Pluralismus in der Friedensbewegung.

Aber was ist mit Verschwörungstheorien? Man könnte jetzt darauf verweisen, dass in FAZ & taz oder ARD & ZDF Tag für Tag Fakes über die hybriden Untaten des Fürsten der Finsternis im Kreml zu finden sind. Aber das wäre nur Whataboutismus. Wie muss eine der Aufklärung und kritischer Gesellschaftsanalyse verpflichtete Linke damit umgehen? Mit Dialog und Überzeugungsarbeit. Danach ist immer noch Zeit für »die Guten ins Töpfchen, die Bösen ins Kröpfchen«.⁶ Was jedoch nicht geht, ist eine a priori Aburteilung, oft mit Resentiments aus der Ideologie der sogenannten »Antideutschen«. Das ist Sekterertum pur.

Wie weiter?

Die Anti-Raketenbewegung der 1980er-Jahre hatte trotz ihrer weltanschaulichen Spannweite eine Kultur der Kooperation, die ihr eine große Ausstrahlungskraft ermöglichte. Das ist jetzt wieder gefragt. Angesichts der viel größeren Unübersichtlichkeit und Unkalkulierbarkeit in der Welt von heute, muss man auch nicht gleich eine Liebesheirat ins Auge fassen. Aber miteinander reden, die Polemik gegeneinander – mitunter auch neid- und sogar hasserfüllt – unterlassen und nach Gemeinsamkeiten suchen. Und gern auch noch getrennt marschieren, aber gemeinsam schlagen, wie sich das derzeit mit dem »Berliner Appell«⁷ gegen die Raketen und der parallelen Initiative »Friedensfähig statt erstschlagsfähig«⁸ abzeichnet. So geht der Weg vorwärts.

⁶ Siehe ausführlicher dazu: Initiative »Nie wieder Krieg« (2023): Rechtschaffenheit in der Friedensbewegung – Kampfbegriff oder reales Problem?: nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2024/09/Rechtschaffenheit_Kampfbegriff_oder_reales_Problem.pdf.

⁷ nie-wieder-krieg.org.

⁸ www.friedenskooperative.de/aktuelles/friedensfaehig-statt-erstschlagfaehig.